

FERDINAND LACINA
BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN
GZ. 11 0502/262-Pr.2/94

1010 WIEN, DEN 31. Januar 1995
HIMMELPFORTGASSE 8
TELEFON (0222) 51 433

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates

XIX. GP.-NR
137 /AB
1995 -01- 31

zu

82 J

Parlament
1017 Wien

Auf die - aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beigeschlossene - schriftliche Anfrage der Abgeordneten Mag. Gilbert Trattner und Genossen vom 30. November 1994, Nr. 82/J, betreffend widersprüchliche Aussagen bezüglich des voraussichtlichen Budgetdefizits 1994, beehe ich mich, folgendes mitzuteilen:

Zu 1.:

Anfang September vergangenen Jahres konnte noch damit gerechnet werden, daß die sich abzeichnenden Steuerausfälle durch Mehreinnahmen aus Privatisierungserlösen weitgehend ausgeglichen werden können.

Zu 2. und 3.:

Die Tatsache eines um 20 Mrd. S höheren Defizits ergab sich einerseits, als feststand, daß die geplanten und erwarteten Privatisierungserlöse nicht realisiert werden konnten, und andererseits, weil aufgrund verschiedener negativer Berichte und Kommentare über die Umsatzsteuer-Sondervorauszahlung damit gerechnet werden mußte, daß es im Dezember 1994 zu wesentlich geringeren Einnahmen kommen würde.

Zu 4.:

Das Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren der öffentlichen Haushalte in Form niedrigerer Steuereinnahmen und höherer Transferausgaben sowie verschiedene Infrastrukturmaßnahmen der öffentlichen Hand haben im Jahr 1993 wesentlich zum relativ guten Abschneiden Österreichs während der europäischen Rezession beigetragen. Die Wirtschaft in Österreich schrumpfte im Jahr 1993 mit

- 2 -

-0,1 % weniger als in den europäischen Industriestaaten (-0,2 %). In Westdeutschland sank das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 1993 sogar um etwa 1,7 %.

Auch im Jahr 1994 spielte die Budgetpolitik eine wichtige konjunkturstimulierende Rolle. Die Steuerreform 1994 hatte eine Erhöhung der verfügbaren Einkommen zur Folge, was den privaten Konsum stützte. Die befristete Erhöhung des Investitionsfreibetrages hat dazu beigetragen, daß die Investitionsdynamik in diesem Konjunkturzyklus ungewöhnlich früh eintrat. Damit setzte sich auch im Jahr 1994 der positive Wachstumsabstand zu den europäischen OECD-Staaten und zu Westdeutschland fort. Für die österreichische Wirtschaft wird für das Jahr 1994 ein reales Wachstum von 2,8 % erwartet, für OECD-Europa und Westdeutschland hingegen ein Wachstum von nur 2,3 %.

Ein niedrigeres Wirtschaftswachstum hätte insbesondere bei den konjunkturabhängigen Steuern zu niedrigeren Einnahmen geführt.

Zu 5.:

Der Bundesvoranschlag 1994 basiert auf der Annahme, daß sich die Umsatzsteuer-Sondervorauszahlung mit einem Betrag von etwa 7 bis 8 Mrd. S budgetär niederschlagen würde. Aufgrund des Einnahmenverlaufs im Dezember 1994 konnte festgestellt werden, daß das Aufkommen aus dieser Sondervorauszahlung den veranschlagten Betrag übersteigt.

Zu 6.:

Für das Jahr 1995 wird ein Defizit von 100 Mrd. S angestrebt.

Zu 7.:

Der Bundesfinanzgesetzentwurf 1995 soll am 7. März 1995 im Ministerrat beschlossen und sodann dem Nationalrat vorgelegt werden.

Zu 8.:

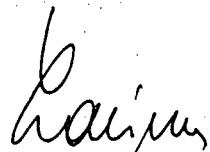
Wie ich in ähnlicher Form bereits auch anlässlich einer Beantwortung einer dringlichen Anfrage am 25. Mai 1994 im Nationalrat mündlich ausgeführt habe, zeigt sich bei Betrachtung der Bundesvoranschläge, die unter meiner Federführung erarbeitet wurden, im Vergleich mit dem Vollzug folgendes Ergebnis:

- 3 -

	BVA	Erfolg in Mrd. S	Unterschied
1987	74,6	69,8	-4,8
1988	71,1	66,5	-4,6
1989	66,1	62,7	-3,4
1990	66,3	62,9	-3,4
1991	63,3	62,7	-0,6
1992	63,1	66,4	+3,3
1993	64,1	98,2	+34,1
1994	80,7	104,7	+29,7

Aus dieser Zahlenreihe geht klar hervor, daß mit großer Budgetdisziplin auch eine Einhaltung des Vollzugs erreicht werden konnte. Ausgenommen sind die Jahre 1993 und 1994, die einen unerwartet schweren wirtschaftlichen Rückschlag gebracht haben. Zu den gegensteuernden Maßnahmen sowie das Wirken der automatischen Stabilisatoren habe ich bereits in meiner Antwort auf die Frage 4 Stellung genommen.

Beilage

A handwritten signature consisting of stylized letters, possibly reading "Hainz".

BEILAGE

Die oben angeführten Aussagen, die zeitlich gesehen nur rd. 2 Monate auseinanderliegen, sind total gegensätzlich und werfen verschiedene Fragen auf, vor allem, wenn man davon ausgeht, daß der Bundesminister für Finanzen bei der Beantwortung der Dringlichen Frage nicht absichtlich die Unwahrheit gesagt hat. Aus diesem Grund stellen die unterzeichneten Abgeordneten daher an den Bundesminister für Finanzen folgende:

ANFRAGE

1. Warum war Ihnen Anfang September nicht bekannt, daß das Defizit 1994 rd. 20 Milliarden Schilling höher als veranschlagt sein wird?
2. Wann wurden Sie erstmals mit der Tatsache eines um 20 Milliarden Schilling höheren Defizits konfrontiert?
3. Wie erklären Sie sich die Tatsache, daß Sie rd. 1 Monat vor der Nationalratswahl ein höheres Budgetdefizit bestritten, dieselbe Frage rd. 1 Monat nach der Wahl jedoch bestätigt haben, d.h. welche elementaren Ereignisse sind zwischen dem 7. September 1994 und dem 8. November 1994 eingetreten, die eine Erhöhung des Defizits um rd. 20 Milliarden Schilling und drastische Einnahmenausfälle bei den öffentlichen Abgaben verursacht haben?
4. Was verstehen Sie unter den von Ihnen angeführten *erfolgreichen Maßnahmen der Bundesregierung zur Rezessionsbekämpfung, die früher und stärker eingetreten sind, als dies zu erwarten war*, und wie hat sich diese Tatsache Ihrer Meinung nach auf die Höhe des Budgetdefizits 1994 ausgewirkt?
5. In welcher Höhe erhoffen Sie sich für 1994 die Einnahmen aus dem Titel "13. Umsatzsteuertermin"?
6. Wie hoch wird voraussichtlich das veranschlagte Defizit 1995 sein?
7. Wann wird die Regierungsvorlage zum Bundesfinanzgesetz 1995 dem Nationalrat voraussichtlich vorgelegt werden?
8. Was werden Sie in Zukunft tun, um die Einhaltung des Voranschlages (zumindest in einem vertretbaren Rahmen) zu sichern?